Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1923

4.10.1923 (No. 230)

Visual Library

№ 230 Donnerstag, den 4. Oktober 1923 100. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für 1.—6. Oktober 21 500 000 M. — Einzelnummer 5000 000 M. — Anzeigengebühr: 80 Grundmark für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Schlüsselzahl heute 50 000. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellungen der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Grund- und Gewerbesteuer und Wohnungsabgabe.

** Durch ein Notgesetz zum Grund- und Gewerbesteuergesetz ist der Finanzminister ermächtigt worden, für die Grund- und Gewerbesteuer den Zinsfuß für Verzugszinsen und Verzugszuschläge sowie für Stundungszinsen anders festzusetzen. Durch Verordnung hat der Finanzminister nunmehr die für die Reichssteuern geltenden Bestimmungen mit Wirkung vom 9. Oktober 1923 auch für die Grund- und Gewerbesteuer für maßgebend erklärt. Hiernach beträgt vom 9. Oktober 1923 an der Zinsfuß für Verzugszinsen bis auf weiteres 100 v. H. monatlich statt bisher 5 v. H. jährlich. Der Verzugszuschlag von bisher 20 v. H. für den Kalendermonat wird vom 9. Oktober 1923 an wie folgt berechnet: Der Betrag der fälligen Zahlung (a) wird zunächst durch den im Zeitpunkt der Fälligkeit maßgebenden Goldumrechnungssatz für die Landabgabe geteilt, der sich durch die Teilung ergebende Betrag wird dann mit dem im Zeitpunkt der Zahlung maßgebenden Umrechnungssatz vervielfacht; (b) der Unterschied zwischen b und a ist als Verzugszuschlag zu entrichten. War z. B. der Rückstand 100 Millionen, der Umrechnungssatz für die Landabgabe am Tage der Fälligkeit dieses Rückstandes 25 Millionen, am Tage der Zahlung 40 Millionen, so sind statt 100 Millionen 160 Millionen zu zahlen; der Verzugszuschlag beträgt also 60 Millionen. Soweit ein Verzugszuschlag erhoben wird, werden Verzugszinsen nicht angesetzt. Die bei Stundung zu gewährenden Zinsen können die Finanzbehörden künftig bis zu 100 v. H. monatlich festsetzen.

Nach dem erwähnten Notgesetz und der Verordnung ist auch bei rückständigen Wohnungsabgabebeträgen der Verzugszuschlag künftig in der genannten Weise zu berechnen und zu erheben.

Die Höhe der Oktober-Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftssteuer

** Der Reichsminister der Finanzen hat durch Verordnung vom 27. September 1923 die Höhe der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer neu festgesetzt. Danach haben die einkommensteuerpflichtigen Einzelpersonen am 5. Oktober 1923 das 30 000fache und die Körperschaften bei den nach dem 30. September 1923 fälligen Vorauszahlungen das 45 000fache des Grundbetrags der Vorauszahlungen zu zahlen. Hierzu tritt die Rhein-Ruhrabgabe; sie beträgt bei den Einzelpersonen das Doppelte der erhöhten Vorauszahlungen und bei den Erwerbsgesellschaften grundsätzlich die Hälfte der Körperschaftssteuer vervielfacht mit 45 000. Bei der Festsetzung der neuen Multiplikatoren ist dem Sinken der Kaufkraft der Papiermark seit der letzten Festsetzung im August Rechnung getragen worden, indem zur Berechnung der Durchschnitt des Dollarkurses, des Lebenshaltungsindex und des Großhandelsindex herangezogen wurde. Ließ die Finanzlage des Reiches es nicht zu, von der vollen Ausnutzung der Vorauszahlungen abzusehen, so ist doch der schwierigen Lage der Wirtschaft dadurch entgegengekommen worden, daß an der Vervierfachung rückständiger Zahlungen nicht festgehalten worden ist. Vielmehr hat der Reichsminister der Finanzen zugelassen, daß der Steuerschuldner den seiner Zahlungspflicht am 5. Oktober entsprechenden Goldmarkbetrag im Laufe des Monats Oktober zahlt. Für die Berechnung des Goldmarkbetrages am Fälligkeitstage (5. Oktober bei der Einkommensteuer) einerseits und des Papiermarkbetrages am Zahlungstage andererseits ist der für die Landabgabe jeden Mittwoch und Sonnabend festgesetzte und am darauffolgenden Tage veröffentlichte Umrechnungssatz maßgebend. Es wird erwartet, daß die Steuerpflichtigen trotz der Erstreckung ihrer Zahlungspflicht auf einen ganzen Monat dem dringenden Geldbedarf des Reichs durch möglichst baldige Zahlung Rechnung tragen. Dies liegt auch in ihrem eigenen Interesse, weil sie mit jeder Verzögerung das Risiko einer weiteren Markverschlechterung auf sich nehmen.

Der Neubau der deutschen Währung

Berlin, 3. Okt. Der Gesetzentwurf über die Errichtung der Währungsbank ist dem Reichstag in der Fassung der Reichsratsbeschlüsse zugegangen.

Mit dem Neubau der deutschen Währung ist es zunächst so, daß es vor allem bitter nottut, unter Dach zu kommen. Man war deshalb von vornherein gezwungen, ein Notbauprogramm in Aussicht zu nehmen. Aber selbst da ist der Anfang schwer. Man weiß nicht recht, ob das Baumaterial, das man zur Verfügung hat, ausreicht, haltbar und brauchbar ist, wie man weiterhin die Baugelder aufbringen, wie man den Notbau im einzelnen einrichten soll, daß er einer solch riesigen Mietergemeinschaft wie dem gesamten deutschen Volk, nicht nur einzelnen seiner Teile, Unterkunft zu gewähren imstande sei.

So sind die Pläne für den Notbau, die **Währungsbank**, welche bis zur Einführung einer wieder von der Reichsbank zu emittierenden Goldwährung, in Funktion treten soll, zwar fertig, aber die künftigen Mietsparteien, die deutschen Erwerbsstände trauen der Festigkeit dieses Gebäudes nicht recht, und außerdem, wie es heutzutage in solchen und anderen Fragen ist, jeder Einzelne denkt vielleicht an sich selbst etwas zu viel. Dazu ist die Reichsregierung vor die Aufgabe gestellt, auf dem knappen ihr zur Verfügung stehenden Baugrund einmal so einfach und wirtschaftlich wie möglich, dann aber auch so zu bauen und die Grundrisse so anzuordnen, daß der endgültige Aufbau der Goldwährung nicht erschwert, sondern dadurch eher erleichtert wird, daß womöglich, sobald es die Verhältnisse zulassen, Stück für Stück des Notbaus allmählich durch massivere Mauern ersetzt werden, daß man womöglich dann auch das aus dem abzutragenden Notbau gewinnbare Baumaterial dazu mitverwenden kann, wie man ja aus zwingenden Gründen noch nicht in der Lage ist, die Papiermark fortzuwerfen und deshalb hofft, sie als Füllmaterial vorerst noch verwenden zu können.

*

Der geplante deutsche Währungsnotbau heißt **Bodenwährung**. Während in normalen und Friedenszeiten die von der deutschen Reichsbank ausgegebenen Banknoten zu einem Drittel mit **Gold** gedeckt waren, das in den Kellern der Reichsbank lagerte, will man vorerst als Deckungsmittel **den landwirtschaftlichen und industriellen deutschen Grundbesitz** heranziehen, da man annimmt, daß eine genügend breite Basis für die Ausgabe von Goldnoten in Deutschland vorerst kaum zu schaffen ist. In der gegenwärtigen Zeit würde für eine Goldwährung auch nicht die Dritteldeckung genügen, sondern es müßte eine Volldeckung für alle auszugebenden Banknoten angenommen werden. Sicher sind in deutschem Besitz auch zu einer solchen Fundierung noch genügend Werte an Gold und Devisen, (die ja als gleichwertig dem Gold betrachtet werden können), aber man gesteht sich am besten offen, daß sie nicht zu erfassen sind, da sie zum Teil im Ausland deponiert sind, zum Teil im Inland verborgen stecken und nicht durch die schärfsten Strafandrohungen in ausreichender Menge herauszulocken sein werden.

Der Grund und Boden aber ist nicht zu verbergen, er liegt offen da, nur eines Gesetzes bedarf es, ihn zu belasten, um Deckungsmittel für eine vorläufige Bodenwährung verfügbar zu machen. Dies soll bekanntlich dadurch geschehen, daß die Währungsbank **auf Goldmark lautende**, in einem bestimmten Prozentsatz (4 Prozent) zum Wert des Grundstückes stehende Grundschulden auf Grund und Boden einträgt und in gleicher Weise wie die **landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen** und **Gärtnereibetriebe** in ihrer **Gesamtheit** mit einem **gleich hohen** Betrag die **industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe**, mit Ausnahme der Handwerksbetriebe belastet, wozu noch nähere Bestimmungen der Reichsregierung erfolgen sollen. Wo für die Last keine Grundschuld in Betracht kommt, soll der Währungsbank eine auf Goldmark lautende **Schuldverschreibung des Unternehmers** ausgehändigt werden, die allen andern Verpflichtungen im Range vorgeht. Das Kapital der Währungsbank, **3200 Millionen Mark** soll auf solche Weise aufgebracht werden. Die Währungsbank stellt auf Grund der Schuldverschreibungen mit 5 Prozent verzinsliche **Rentenbriefe** aus, die als **Deckung** für die von der Währungsbank auszugebenden **Banknoten** bestimmt sind. Ihre Werteinheit ist die **Neumark**, die in hundert Neupfennig eingeteilt ist. Die Bank ist verpflichtet, **jederzeit ihre Noten gegen ihre Rentenbriefe einzulösen**, so daß auf 500 Neumark ein Rentenbrief über 500 Goldmark gewährt wird. Die Menge der ausgegebenen Banknoten, darf die Höhe der Deckungssumme durch die Rentenbriefe nicht übersteigen, so daß also **volle** Deckung vorgesehen ist.

*

Ein **erhebliches Bedenken der Bodenwährung**, wenn sie Gesetz werden und zur Durchführung gelangen sollte, liegt darin, daß die **Versuchung** sich leicht einstellen kann, durch **weitere Belastung** des Bodens **weitere Banknotenmengen flüssig zu machen**, um dem finanziellen Bedarf des Reichs zu decken. Dadurch würde der Notenumlauf über das benötigte Maß gesteigert, die Gefahr der Entwertung der Noten träte ein und wir hätten **eine neue Inflation**. Denn die immerhin in erheblichem Grad theoretische **Deckung** allein wird den dauernden gleichen Wert eines Papiergeldes, wie des Sachwertgeldes nicht garantieren, gerade hier ist auch das sog. **Quantitätsprinzip** zu beachten, d. h. die auszugebende Notenmenge ist genau festzulegen, ihre Umlaufszeit bis zum Ersatz durch goldgedeckte Noten zu begrenzen und Garantien sind zu schaffen, daß das auch absolut sicher eingehalten wird. Die Erfahrungen, welche Frankreich am Ende des 18. Jahrhunderts mit seiner Bodenwährung, den unbegrenzt vermehrten sog. mandats territoriaux machte, lehren uns, abgesehen auch von einfacher Überlegung, daß ein derartiges Papier in dem Augenblick seinen inneren Wert verlieren muß, in dem es trotz theoretischer Versicherungen von den schönsten gesetzlichen Bürgschaften nichts anderes wird, als ein lediglich mit Hilfe der Notenpresse und einiger gesetzlicher Formalitäten in nicht begrenzten Mengen in den Verkehr geworfenes Kreditinstrument des Staates, der dadurch mangels genügender Steuereingänge seine Ausgaben zu decken sucht.

Aus diesem Grund hat der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates mit Recht eine **Beschränkung der Lebensdauer der Währungsbank** gefordert, wie sie auch ursprünglich für zwei Jahre geplant war. Weitere Sicherungen, **wie die Beschränkung der Notenmenge**, sind in dem Regierungsentwurf bereits vorgesehen. Übrigens kann nach dem Gesetzentwurf das Recht der Währungsbank zur Ausgabe von Banknoten ohne Entschädigung durch Reichsgesetz aufgehoben werden. Dabei muß das Reich allerdings die ihm von der Bank gewährten Darlehen zurückzahlen. Ein weiterer sehr beachtlicher Sicherungsvorschlag geht dahin, in der Satzung der Währungsbank zu bestimmen, daß die ausgegebenen Bodennoten **in dreifacher Höhe** durch die auf Goldmark lautenden Grundschulden auf die belasteten Sachwerte gedeckt sein müssen, so daß eine solche dreifache Deckung sowohl ein Hindernis gegen inflationistische Tendenzen bilden, wie auch das Vertrauen auf die Noten kräftigen würde. Dies würde allerdings eine höhere Belastung der Sachwerte bedingen.

Der Notbau der Neumarkwährung soll so in **bestimmter Zeit**, — denn anders hat er seinen Zweck verfehlt, — zur wirklichen Goldwährung überleiten. Es muß, wie betont, schon so gut ausgeführt und konstruiert sein, daß absolute Sicherheit dagegen geschaffen ist, daß er zusammenstürze, wie unsere jetzige Währung.

*

Es gibt weite Kreise — das darf nicht übergangen werden — die trotz der bisher vorgesehenen Sicherungen nicht an die Haltbarkeit dieser immerhin recht künstl. Konstruktion der Notenwährung glauben. Ihre Vorschläge gehen dahin, sogleich nun nach Einstellung des Ruhrkampfes u. der Ruhrkredite an die Schaffung einer **Goldwährung** zu gehen, zu diesem Zweck alle Steuern auf Goldbasis zu erheben, alle Verwaltungsausgaben aufs rücksichtsloseste und stärkste einzuschränken und die Schaffung eines vermehrten Goldfonds der Reichsbank aus privatem Kapital in die Wege zu leiten.

Der wundeste Punkt dieser Forderungen ist der, wie aus dem immer katastrophaleren Zusammenbruch unserer Währung der **Übergang** zur Goldwährung gefunden, wie das private Kapital an Gold und Devisen, das, wie schon betont, in genügender Menge in deutschem Besitz im In- und Ausland vorhanden und verborgen sein mag, der Reichsbank zugeführt und für sie nutzbar gemacht werden soll, in einer Inflationsperiode wie jetzt, wo das allgemeine Vertrauen auf die Währungssolidität des Reichs außerordentlich gering ist. **Wie soll vor allem das Reich in der Zwischenzeit seinen Bedarf decken?** Denn zweifellos wird die Bodenwährungsbank bedeutend eher ins Leben treten können als trotz größter Anstrengungen sogleich eine Goldwährung der Reichsbank. Hierzu wird der Vorschlag gemacht, daß das Reich **weitere Beträge der Goldanleihe** emittiere und zwar in einem Betrag, der zur Deckung des Reichsdefizits für die nächsten Monate genügt. Die Abschnitte der Anleihe sollen als gesetzliches Zahlungsmittel gelten.

*

Auf jeden Fall bleibt vorerst die aktuellste Einzelfrage im Komplex der Währungsfragen die, wie das Reich ohne Inanspruchnahme der Notenpresse **zunächst** seinen Bedarf decken soll, **bis es in der Lage ist, sein Budget zu balanzieren.** Österreich hat seine Währung mit Hilfe einer ihm vom Völkerbund gewährten internationalen Anleihe — bis auf weiteres — stabilisieren können. Deutschland steht eine solche Anleihe nicht zur Verfügung. Deutschland wird also einer von energischsten Anstrengungen ausgefüllten Übergangszeit bedürfen bis es seine Einnahmen mit den Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht hat. Zweifellos sehr optimistisch hat der Reichsfinanzminister diese Übergangszeit auf 3 bis 4 Monate angenommen.

Hier soll nun nach dem Regierungsprojekt die neue vorgeschlagene Bodenwährungsbank eintreten und zwar soll sie dem Reich 1,2 Milliarden Neumark gegen 6 Prozent Zinsen **zur Verfügung stellen**, davon 300 Millionen sofort ohne Zinszahlung zur Einlösung der von der Reichsbank dem Reich diskontierten Schatzanweisungen. Sobald die Währungsbank mit der Banknotenausgabe begonnen hat, dürfen bei der Reichsbank Schatzanweisungen des Reichs nicht mehr diskontiert werden, d. h. der Druck ungedeckter Noten hört auf, die Notenpresse wird stillgelegt. Man hofft also, mit Hilfe dieses Kredits und des in Aussicht genommenen neuen **Finanzpro-**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

gramms, das u. a. zunächst wertbeständige Steuern bringen soll, den Finanzbedarf des Reichs bis zur endgültigen Beseitigung seines Defizits decken zu können.

*

Leider hängt selbst der **Beginn** des Währungsnotbaus sehr von der weiteren Gestaltung unserer **immer ernster werdenden innen- und außenpolitischen Verhältnisse** ab. Es ist sicher, daß sie zum mindesten die eine oder andere Modifizierung des Planes bringen werden, die ja aufs engste mit der gesamten Finanz- und Steuerlage des Reichs der Länder und Gemeinden verwachsen ist. Weil eben die Defizitwirtschaft des Reiches nicht auf einmal und überhaupt nur mit den allergrößten Schwierigkeiten zu beseitigen sein wird, hat man die oben geschilderte Zwischen- und Notlösung suchen müssen, die obendrein den Vorteil hat, ohne einen neuen großen Apparat und ohne langwierige Vorbereitungen ins Werk gesetzt werden zu können.

Der **Währungsgesetzentwurf** ist nun, nachdem ihn der Reichsrat verabschiedet hat, an den **Reichstag** gegangen. Dieser wird sich auch mit den obenerwähnten Vorschlägen, **ohne** das Zwischenstadium der Bodenwährung zur **Goldwährung** überzugehen, welche die Demokratische Fraktion befürwortet, zu beschäftigen haben.

Vergessen werden darf bei all dem nicht, daß unsere ganze staatliche Finanzwirtschaft u. damit auch die Frage der Währung mit der weiteren Entwicklung unserer privaten Wirtschaft zusammenhängt. Die Zeichen sind hier nicht ermutigend. Der Beschäftigungsgrad sinkt allenthalben und die für eine Gesundung unserer Verhältnisse unbedingt notwendige Besserung unserer Zahlungsbilanz will sich nicht nur nicht einstellen, sondern der Absatz ins Ausland geht zurück. Jedes Programm einer deutschen Finanzreform bedarf auch **Reformen unserer Wirtschaft, Verbesserung unserer Produktion.** In seiner Entschließung hat es der finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates ausgesprochen, daß der tiefste Grund für den Zerfall unseres Geldes und unserer Wirtschaft in volkswirtschaftlichen Minderleistungen, im vielfachen Leerlauf der deutschen Arbeit liegt. Dieser Ansicht sind **alle** Parteien. Nur besteht leider, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, noch keine Einmütigkeit über die einzuschlagenden Wege zur Abstellung.

Carl Aug. Seyfried.

Rücktritt des Kabinetts Stresemann

Stresemann mit der Neubildung beauftragt

Amtlich meldet W.T.B.:

Berlin, 4. Okt. Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch in mehreren Sitzungen mit der Lage beschäftigt. Durch die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die soziale Gesetzgebung in dem Ermächtigungsantrag der Reichsregierung beim Reichstage einzubeziehen, ist eine unüberbrückbare Divergenz in der Auffassung der Koalitionsparteien entstanden. In Anbetracht dieser Tatsache beschloß das Kabinett, durch den Reichskanzler dem Reichspräsidenten seine Demission anbieten zu lassen. Der Reichspräsident hat die Demission des Kabinetts angenommen und den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

*

Die **Gründe,** welche den Rücktritt des Reichskabinetts bestimmt haben, liegen somit darin, daß es nicht gelang, mit den Parteien des Reichstags eine Einigung über das **geplante Ermächtigungsgesetz herbeizuführen,** das dem Kabinett **außerordentliche Vollmachten** auf finanz-, wirtschafts- u. sozialpolitischem Gebiet hätte geben sollen. Das Gesetz sollte das Reichskabinett in den Stand setzen, ohne Zeitverlust und ohne Hemmungen durch die parlamentarische Maschine auf den genannten Gebieten diejenigen Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die geplante **Währungsreform** durch eine **gleichzeitige** Reform und Stärkung **der Produktion** zu unterstützen.

In den Verhandlungen zu diesem Punkt standen sich vor allem die Vertreter der **Sozialdemokraten** und der **Deutschen Volkspartei** gegenüber. Die Sozialdemokraten lehnten es ab, dem Kabinett diktatorische Vollmachten auch für die sozialpolitische Gesetzgebung zu erteilen und wehrten sich vor allem gegen eine Formulierung, die das Prinzip des **Achtstundentages** preisgäbe. Sie hatten jedoch nichts dagegen, daß die Frage der Arbeitszeit, die gegenwärtig übrigens für den größten Teil der Industrie wegen Mangels an Beschäftigung nicht akut ist, etwa in dem Sinn geregelt werde, wie es das seit längerem dem Reichswirtschaftsrat vorliegende Arbeitszeitgesetz vorsieht: Achtstündiger Arbeitstag mit tarifvertraglichen Ausnahmen. Auch hat sich die Sozialdemokratie bereit erklärt, eine Formel für die Einführung der notwendigen Mehrarbeit im Bergbau zuzustimmen. In dieser Frage lag folgender **Kompromißvorschlag des Kabinetts** vor:

„Die äußerste Not unseres Volkes in schwerstem Ringen um seine wirtschaftliche und politische Existenz zwingt uns, **vorläufig** in der **Urproduktion** die Arbeitszeit auf das Maß zu erhöhen, das **gesundheitlich tragbar** erscheint; insbesondere ist im **Bergbau** unter Tage eine Arbeitszeit von 8 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt unentbehrlich. Analog muß auch der Industrie, insbesondere zur Ausnützung der **Exportkonjunktur** und zur vermehrten Ausnutzung inländischer Rohstoffe die **Möglichkeit** zur Überschreitung der achtstündigen Arbeitszeit gegeben werden. Für die **öffentliche Verwaltung** müssen ähnliche Grundsätze sinngemäß angewendet werden. Dabei ist selbstverständlich für schwere und gesundheitsgefährliche Betriebe der Achtstundentag beizubehalten."

Die Deutsche Volkspartei stimmte dem zu, forderte jedoch eine andere Besetzung des Reichsfinanzministeriums. Die **Sozialdemokratische Fraktion** faßte mit Stimmenmehrheit folgende Entschließung:

„Die Fraktion **lehnt** den Vorschlag des Kabinetts über die Arbeitszeit **ab,** ist aber bereit, dem Ermächtigungsgesetz insoweit zuzustimmen, als es sich auf finanz- und wirtschaftspolitische Fragen bezieht. Dagegen lehnt die Fraktion die Verknüpfung der Frage des Ermächtigungsgesetzes mit **personellen** Fragen ab, sie ist insbesondere **nicht** bereit, für die Dauer des Ermächtigungsgesetzes auf **die Besetzung** des Finanzministeriums durch eines ihrer **Mitglieder** zu verzichten. Was die Haltung der Reichsregierung gegenüber **Bayern** betrifft, so würde die sozialdemokratische Fraktion sich nicht darauf versteifen, der Reichsregierung einen bestimmten Weg vorzuschreiben. Sie hält es aber für unerläßlich, daß in irgend einer klaren Form das Verhältnis der Reichsregierung gegenüber dem Regime Kahr alsbald **geklärt** wird."

Diese Entschließung, die auch die **anderen strittigen Punkte** behandelt, ließ den Weg zu einer Verständigung noch offen. Diese wurde allerdings dadurch erschwert, daß die Deutsche Volkspartei die Ersetzung des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding durch den bisherigen Ernährungsminister Dr. Luther forderte und das Reichsernährungsministerium dem Landbundführer **Hepp** übertragen wissen wollte, während die Sozialdemokraten verlangt hatten, daß ihre bisherige Vertretung im Reichskabinett aufrecht erhalten werden sollte.

Die **Demokraten** bemühten sich inzwischen um eine Vermittlung. Es wurde vorgeschlagen den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes auf die sozialpolitischen Materien auszudehnen, hierbei die Mitwirkung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages einzuschalten, die Frage der **Arbeitszeit** aus dem Ermächtigungsgesetz aber **herauszulassen** und auf Grund der dem Reichswirtschaftsrat bereits vorliegenden Gesetze (für Arbeiter und Angestellte) im Anschluß an die Formulierungen der deutschen Note vom 13. November vorigen Jahres zu regeln. Man hatte dabei auf dem Grundsatz des Achtstundentages beharrt und Ausnahmen nach gesetzlicher oder tarifvertraglicher Regelung zugelassen. In einer Konferenz zwischen Vertretern der Demokraten auf der einen und Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion und der Gewerkschaften auf der anderen Seite wurde dieser Vorschlag besprochen, und er fand **auch die Zustimmung** bei der **Mehrheit** der sozialistischen und Gewerkschaftsvertreter. Von **volksparteilicher** Seite vernahm man jedoch um dieselbe Zeit, daß sie auf der Regelung der Arbeitszeit durch **Kabinettsverordnung im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes** bestehe. Bei den Verhandlungen **am** Mittwoch nachmittag und Abend traten die **personellen** Fragen hinter dem sachlichen Streit um die Arbeitszeitfrage und das Ermächtigungsgesetz zurück.

Die Verneinung der vom Kabinett gestellten Fragen durch die sozialdemokratische Fraktion auf der einen, das Verharren der Deutschen Volkspartei auf ihrer alten Forderung auf der anderen Seite, bildete die Grundlagen für die **Beratung des Kabinetts,** das am Mittwoch abends um 10 Uhr zusammentrat. Nach 1½stündiger Beratung gegen Mitternacht kam das Kabinett zu dem oben mitgeteilten Beschluß, dem Reichspräsidenten den **Rücktritt des Gesamtkabinetts anzubieten.**

Die außenpolitische Krisis

Zu der Veröffentlichung der Berliner „Zeit" über den Inhalt der für Dienstag geplanten aber wegen der inneren Krise nicht erfolgten **Regierungserklärung** schreibt die „Frkf. Ztg.", die dadurch eine **Verschärfung** der **außenpolitischen Krise** feststellt, u. a. folgendes:

Es bleibe heute ununtersucht, ob diese überaus folgenschwere Wendung jetzt schon als unbedingt geboten erachtet werden muß, es sei auch einer späteren Prüfung überlassen, festzustellen, ob die Regierung Stresemann nach der Veröffentlichung der Einstellung des passiven Widerstandes mit der erforderlichen Intensivität vorgegangen ist, um durch Verständigungsversuche wenigstens vor dem Ausland und den zur Vernunft neigenden Elementen Frankreichs den aufrichtigen Willen Deutschlands zu zeigen, an Ruhr und Rhein wieder normale Arbeitsverhältnisse herzustellen. Doch kann keinen Augenblick zu früh vor aller Welt erklärt werden, in welchem Maße für die drohende, gefahrbringende Entwicklung die Politik **Frankreichs** und die Passivität der in Frage kommenden **alliierten Mächte verantwortlich** sind.

Nach dem Waffenstillstand hätte Europa zur Ruhe kommen können, wenn die Siegermächte gegenüber Deutschland eine vernünftige Politik eingeschlagen hätten. Jetzt ist vielleicht der letzte Augenblick, um Europa vor dem endgültigen Sturz in den Abgrund zu bewahren. Auch er soll offenbar versäumt werden, weil Frankreich es so will. Nach dem Verhalten der französischen Politik muß ihr wahrer Sinn in diesem Lichte erscheinen: Deutschland sollen die **Folgen der neuen Niederlage so unerträglich gemacht werden,** daß es darunter innerlich **zusammenbricht.** Deshalb will Poincaré sich heute entgegen allen seinen früheren Erklärungen nicht mit der eigentlichen Einstellung des passiven Widerstandes begnügen, deshalb verlangt er jetzt die Herstellung des Normalzustandes an Rhein und Ruhr und der Produktivität der französischen Pfänderpolitik als Voraussetzung für die Wiederanknüpfung von Reparationsverhandlungen und deshalb stellt er andererseits dem Näherkommen an dieses Verlangen Bedingungen entgegen, die für deutsches Volksempfinden ganz ungeheuerlich sind und sein müssen. Welchen anderen Sinn kann z. B. in der wichtigen Frage der **Wiedereinreihung der Eisenbahner** die Entscheidung der Rheinlandkommission haben, daß nicht allein außerhalb des besetzten Gebietes Geborene, sondern auch Flüchtlinge und **Ausgewiesene** keine Wiedereinstellung finden können, als den, das Empfinden des deutschen Volkes aufs schwerste zu verletzen und dadurch die Erreichung der Poincaréschen Forderungen selber zu sabotieren! Denn praktisch gesehen, ist ja diese Stellungnahme des Organs der Besatzungsmächte durchaus unvernünftig, nur doch jeder verständige Mensch anerkennen, daß sich gerade unter den ausgewiesenen Eisenbahnern die zuverlässigsten Elemente befinden, und ist doch zur Genüge bekannt, daß das Menschenmaterial, mit dem die Regie gegenwärtig arbeitet, zum großen Teil nichts weniger als tüchtig ist.

Doch Poincaré ist der **Diktator des Kontinents. England** und **Italien** wagen, obgleich sie anderer Meinung sind, sich nicht zu rühren. Beide Mächte haben Deutschland wiederholt amtlich aufgefordert, den passiven Widerstand aufzugeben, um Frankreich den Vorwand für eine weitere Verhinderung von Verhandlungen zu nehmen. Sie sind also für das, was jetzt geschieht, **mitverantwortlich.** Aber es fällt uns nicht ein, von einem zweiten Verrat nach dem Muster des Versailler Treubruches zu sprechen. Denn, wenn wir Deutschen den passiven Widerstand aufgaben, so taten wir es nicht, weil wir, die einmal Betrogenen, uns auf die Redlichkeit anderer Staaten verließen, sondern weil uns **nichts anderes übrig blieb.** Aber jeder Deutsche wird für diejenigen (wenigen) Stimmen in England und Italien Verständnis haben, die sich des Verhaltens ihrer Regierungen schämen, weil es nicht allein kläglich, sondern für ganz Europa katastrophal ist.

Das Rücktrittsgesuch Raumers

Der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers **v. Raumer,** der die Öffentlichkeit einigermaßen überraschte, ist, wie die „Frankf. Zeitung" meldet, auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn v. Raumer und seiner eigenen **Fraktion** zurückzuführen. Man warf ihm vor, daß er die Probleme seines Ressorts, inbezug auf die die Deutsche Volkspartei jetzt besondere Forderungen stellt, z. B. Arbeitszeit, Kartellgesetzgebung und dergleichen, nicht mit genügender Energie gefördert habe. Auf der andern Seite ist Raumer gerade in der letzten Zeit als Vertreter einer gewissen schärferen Tonart auch in der Außenpolitik im Kabinett hervorgetreten. Es scheinen auch persönliche Verstimmungen zwischen Herrn v. Raumer und dem **Reichskanzler** vorgelegen zu haben.

Politische Neuigkeiten

Annahme des Währungsgesetzes im Reichsrat

Der **Reichsrat** hat am Dienstag den Währungsgesetzentwurf **angenommen,** wobei noch einige **Änderungen** beschlossen wurden.

Die Bestimmung, wonach die **Papiermark** bis auf weiteres als gesetzliches Zahlungsmittel in gesetzlich festgelegter Höhe bestehen bleiben kann, wurde ergänzt durch einen Zusatz, wodurch klargestellt wird, daß diese Bestimmung auch für Schulden gelten sollte, die vor Inkrafttreten der Vorlage begründet und in Reichsmark ausgedrückt sind. Der Betrag der Reichsmark ist in Neumark umzurechnen. Damit soll ausgedrückt werden, daß die Frage der Regelung früherer Schuldverbindlichkeiten bei denen sich noch der alte Gläubiger und **der alte** Schuldner gegenüberstehen einer künftigen Regelung **vorbehalten** werden soll. Der Entwurf der Regierung sah **vor,** daß die Währungsbank lediglich berechtigt wäre mit dem Reich und der Reichsbank Geschäfte zu machen. Die Ausschüsse des Reichsrats haben hier eine Bestimmung aufgenommen, wonach die neue Währungsbank verpflichtet wird, zur **Gewährung von Krediten an die Wirtschaft** einen Betrag **von** 1200 Millionen Neumark zur Verfügung zu stellen und zwar der Reichsbank und den Privatnotenbanken. Als Gegenleistung soll die Währungsbank lediglich einen Verwaltungskostenzuschuß erhalten. Maßgebend für diesen Beschluß war, daß die Wirtschafts- und Diskontpolitik in den Händen der Reichsbank verbleiben sollte und die neue Bank darauf **keinen** Einfluß hätte.

Die **Privatnotenbanken,** über die der Entwurf nichts enthielt, sind von den Ausschüssen ausdrücklich einbezogen worden. Sie werden ebenfalls an der Neumark beteiligt durch ein Darlehen der Währungsbank, und zwar im Verhältnis der steuerbaren Notenkontingente, wie sie am 1. Oktober 1914 für die Privatnotenbanken bestanden haben. Über die Verpflichtung der Währungsbank zur **Einlösung ihrer Noten,** ist in dem Entwurf nichts gesagt. Es ist aber vorbehalten, darüber bis zur Verabschiedung noch Bestimmungen aufzunehmen, **weil** es notwendig erscheint, mit den Privatnotenbanken darüber vorher zu verhandeln. Die Regelung einer etwaigen **Verteilung** des Gewinnes, wenn das Notenausgaberecht der **neuen** Währungsbank einmal erlischt, soll einem späteren **Reichsgesetz** vorbehalten bleiben. Die Möglichkeit, daß die **Währungsbank** später mit einem anderen Geschäftsbetrieb fortbestehen soll, wie es im Entwurf vorgesehen war, wurde von den **Ausschüssen beseitigt.** Auch die Regelung dieser Frage soll einem späteren Reichsgesetz überlassen bleiben.

In dem Bericht über die Beratungen der Ausschüsse wurde mitgeteilt, daß nach der Feststellung der Reichsbank **aus** dem **Notendruck täglich eine Ausgabe von 50 Billionen** erwachse. Die überwiegende Mehrheit der Ausschußmitglieder **hat** sich auf den Boden der Vorlage gestellt, vor allem wegen **der** Erklärung des Ernährungsministeriums, daß das Ministerium die Verantwortung für die **Sicherung der Ernährung** nicht weiter tragen könnte, wenn nicht bald ein entscheidender Schritt getan werde, der die Bewegung der Ernte sichere. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder war darin einig, daß eine dauernde Sanierung nur möglich sei, wenn die **Reparationsfrage** erträglich gelöst sei und wenn es im Laufe der nächsten Monate gelinge, den **Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen.** Der Reichstag müsse dabei die nötige Kraft auch zur **Streichung an sich notwendiger Ausgaben** aufbringen.

Der Putsch in Küstrin

Zu den Vorgängen in Küstrin werden von zuständiger Stelle nun folgende Einzelheiten mitgeteilt: Seit Mitte der letzten Woche sammelten sich in der Umgebung von Berlin junge Leute, die angaben, sich der Reichswehr zur Verfügung zu stellen. Der Verdacht lag nahe, daß sie unter Vorspiegelung nationaler Ziele von einer Stelle aus zu militärischen Verbänden für innerpolitische Zwecke zusammengestellt wurden. Der Wehrkreisbefehlshaber erließ darauf in der Presse eine öffentliche Bekanntmachung unter Bekundung seiner Entschlossenheit, mit aller Energie gegen diese verdächtigen Ansammlungen vorzugehen. Führer der Bewegung ist **Major z. D. Buchdrucker,** gegen den Haftbefehl erlassen wurde. **Als** er erkannte, daß seine Pläne durchkreuzt waren, zog er **in der** Nacht zum 1. Oktober so viel seiner Anhänger, **als er** erreichen konnte, in Küstrin zusammen, wo sie sich in einem alten Festungswerk verbargen. Am Morgen des 1. Oktober ließ Buchdrucker die wichtigsten Punkte und Zugänge **der Stadt** besetzen und begab sich mit anderen Rädelsführern zum **Kommandanten** Oberst Gudovius, um zu verhandeln. Dieser ließ die Führer sofort **verhaften.** Einen nachdringenden Stoßtrupp nahm die Wache fest. Durch herbeigerufene **Truppenteile** wurden die Aufständischen im Zeughof eingeschlossen. Der zuständige Wehrkreiskommandant hatte auf die ersten Nachrichten von den Ereignissen Truppen aller Waffen in Marsch gesetzt, um den Aufruhr zu unterdrücken. Das zuerst alarmierte Küstriner Pionierbataillon beschränkte sich bis zur Ankunft **der Truppen auf die Absperrung.** Zum Entsatz der Eingeschlossenen eilten Teile von außerhalb befindlichen Gruppen der Aufrührer herbei. Die Aufständischen hatten einen Toten, drei Schwer- und vier Leichtverletzte. Nach dem Eintreffen der Verstärkungen ergaben sich die Eingeschlossenen. Es sind im ganzen 381 Mann, darunter 13 Rädelsführer, festgenommen. Weiter wurden 30 Mann verhaftet, die den Entsatzversuch gemacht haben. Welche **Ziele** die Gefangenen verfolgten, dürfte sich bei den Verhandlungen feststellen lassen. Die Aburteilung der Gefangenen wird durch ein außerordentliches Gericht in Cottbus erfolgen. In der Umgebung von **Döberitz** wurden 200 Mann festgenommen, die sich dort angesammelt hatten. Es scheint jedoch, daß die Bewegung durch das tatkräftige Zupfeifen im Keime erstickt ist.

Die Lage im Ruhrgebiet

Von gutunterrichteten Berliner Ruhrkreisen **wird** darauf hingewiesen, daß anläßlich der ungeklärten Lage im **Ruhrgebiet deutscherseits** zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse kein Hindernis mehr besteht. Seitens der **Besatzungsbehörde** ist jedoch noch **nichts geschehen,** um die Wiederkehr geordneter Verhältnisse einigermaßen zu erleichtern. Mit Ausweisungen, **Verhaftungen und** Verurteilungen wird rücksichtslos vorgegangen und das System der **Unterdrückung der Bevölkerung** gegenüber angewandt. Infolgedessen ist die Stimmung äußerst **erbittert.** Angesichts der den deutschen Eisenbahnern **gestellten Bedingungen** sowie der Erhebung von Frachtengebühren bei den Regiebahnen ist man allgemein der Anschauung, daß französischerseits die **Wiederkehr geregelter Verkehrsverhältnisse nicht beabsichtigt wird,** obwohl die Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes die wichtigste **Voraussetzung** für die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit ist, die **ohne** die Vermittlung der Gewerkschaften unmöglich ist. Es ist jedoch unverkennbar, daß die Franzosen mit den **Gewerkschaften überhaupt nicht verhandeln wollen.** Es muß festgestellt werden daß bisher die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet an den **französischen Maßnahmen gescheitert ist.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Münster, 3. Oktober. (WTB.) In Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Adjutanten des Generals Degoutte empfangen worden. Wegen der Wiederaufnahme der Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des **Betriebsrätegesetzes**; 2. Einführung der **zehnstündigen Arbeitszeit** und der Akkordarbeit; 3. Aufnahme jeder zugewiesenen **Arbeit, widrigenfalls** Ausweisung erfolgt; 4. für die **Eisenbahner** gelten die bereits bekannt gegebenen Bedingungen; 5. Unterdrückung jeder Auflehnung mit **Waffengewalt**; 6. Verschärfung des **Städteschutzes**.

Eine Rede des Generals Smuts

Auf der britischen Reichskonferenz erklärte am Dienstag der Premierminister von Südamerika, **Smuts**, Baldwin habe von den Zuständen in Europa ein düsteres Bild gegeben. Europa müsse angesichts seiner gegenwärtigen Lage eine große, einmütige Anstrengung unternehmen. Das britische Reich könne zur Herstellung einer harmonischen Lage in der Welt **mehr tun**, als irgend eine andere Macht auf Erden. Der ganze Einfluß des britischen Reiches sollte benutzt werden, um bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten mitzuhelfen. Seit Jahrhunderten übe England einen maßgebenden Einfluß aus. Die anderen Nationen hätten schließlich immer auf seine Stimme lauschen müssen. Er wünsche, daß bei einer einzigartigen Gelegenheit wie der jetzigen, dasselbe geschehen möchte, was früher geschah: daß England deutlich seine Stimme erheben sollte. Über die Frage der Fundierung der britischen Schuld an Amerika sagte Smuts, manche Leute schienen ihre Schulden heutzutage **sehr leicht** zu nehmen. Das britische Reich dagegen habe immer seine Verpflichtungen erfüllt.

*

In England herrscht die Meinung, daß durch die Zerstörung der deutschen Front im Parteikampf sowie durch das Bestreben, die Kapitulation zu verhüllen, obwohl sie vollzogen ist, der etwaige Gegengewinn des Widerstandes verloren gehen könnte. Die Tatsache, daß der **lokale Kampf** im **Ruhrgebiet** noch fortdauert und die Franzosen den Arbeitern überaus **strenge Bedingungen** stellen, findet in der englischen Presse wenig Beachtung. Nur die „Times" berichtet eingehend darüber und stellt fest, daß keinerlei Änderung im Ruhrgebiet eingetreten ist; besonders kein entscheidender Wechsel in der Stimmung der Arbeiterschaft; anderseits bezweifelt niemand, daß Poincaré keinesfalls auf restlose Kapitulation verzichten werde. Der **Pessimismus** über die deutsche Lage findet seinen Ausdruck in den in die Millionen gehenden Abschlüssen der Versicherungen gegen Streik und Aufstände, hauptsächlich für englische und amerikanische Waren. Für einen Monat wurden fünf, für drei fünfzehn Prozent bezahlt.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten beläuft sich nach Feststellung des Statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 40 000 000fache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 000 000fache) beträgt somit 44,3 Prozent.

Der preußische Landtag wird am Dienstag, den 9. Oktober zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht nach dem Beschluß des Ältestenrats: Entgegenahme einer **Erklärung des Ministerpräsidenten**.

Verbot der kommunistischen Presse in Sachsen. Wie dem Berliner Lok.-Anz." aus Dresden gemeldet wird, hat der Reichswehrkommandant die **gesamte sächsische kommunistische Presse** wegen eines Aufrufes der KPD.-Zentrale, der Beleidigungen gegen die Reichsminister Sollmann und Hilferding enthalten soll, **verboten**. Das Verbot ist nicht befristet.

Ludendorff für Kahr. Nach einem Bericht des „Vorwärts" hat General **Ludendorff** in Schliersee bei Gelegenheit einer Denkmalsenthüllung eine Ansprache gehalten, in der er für Kahr eintrat.

Raabe geistesgestört. Der zum Tode verurteilte Student Raabe aus Düsseldorf, der auf französische Truppen eine Handgranate warf, zeigt, wie aus dem besetzten Gebiet gemeldet wird, Spuren von Geisteskrankheit. Raabe wurde einer **Irrenanstalt** zur Beobachtung überwiesen. Es ist deshalb mit der Aufhebung der verhängten Todesstrafe zu rechnen.

Das freie Konstantinopel. Havas meldet aus Konstantinopel, die Presse kündige an, daß der **Einzug der türkischen Truppen** am Samstag stattfinden wird.

Badische Uebersicht

Erhöhung der Renten und der Beiträge in der Invalidenversicherung

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 wird der Betrag der Teuerungszulagen zu den Renten aus der Invalidenversicherung künftig vom Reichsarbeitsminister monatlich unter Berücksichtigung der Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten, getrennt für Invaliden- und Altersrenten, für Witwen- und Witwerrenten und für Waisenrenten festgesetzt. Demgemäß wurde für den Oktober 1923 die monatliche Teuerungszulage bestimmt: bei den Invaliden- und Altersrenten auf 100 Millionen, bei den Witwen- und Witwerrenten auf 60 Millionen und bei den Waisenrenten auf 50 Millionen Mark. Die bisherigen Teuerungszulagen fallen weg; die neuen Rentenerhöhungen werden den Rentenempfängern mit den Renten von den Postanstalten ausbezahlt. Die ergänzende Sozialrentnerunterstützung wird beim Vorliegen der Voraussetzungen nach wie vor gewährt. Um die für die neuen Rentenerhöhungen erforderlichen gewaltigen Summen aufzubringen, wurde ein Teil der bisher geltenden unteren Lohnklassen gesperrt, weitere höhere Lohnklassen wurden hinzugefügt und die Jahresarbeitsverdienste, die Beiträge und der Geldwert der Beitragswochen in sämtlichen Lohnklassen verzehnfacht.

Endlich wurde von dem Reichsarbeitsminister angeordnet, daß **auch für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1923** nur Marken der neuen Werte verkauft werden dürfen. Demgemäß gelten vom 1. Oktober 1923 ab und zwar auch für die zurückliegenden Beitragszeiten folgende Lohnklassen und Wochenbeiträge: für Versicherte bei einem Jahresarbeitsverdienst bis zu 14,4 Milliarden Mark Lohnklasse 36 mit einem Wochenbeitrag von 1,4 Millionen Mark; bei einem Jahresarbeitsverdienst über 14,4 bis 18 Milliarden Mark Lohnklasse 40 mit einem Wochenbeitrag von 5,2 Millionen Mark; über 18 bis 24 Milliarden Mark Lohnklasse 41 mit einem Wochenbeitrag von 7,4 Millionen Mark; über 24 bis 36 Milliarden Mark Lohnklasse 42 mit einem Wochenbeitrag von 10,6 Millionen Mark; über 36 bis 48 Milliarden Mark Lohnklasse 43 mit einem Wochenbeitrag von 14,8 Millionen Mark; über 48 bis 60 Milliarden Mark Lohnklasse 44 mit einem Wochenbeitrag von 19 Millionen Mark; über 60 bis 84 Milliarden Mark Lohnklasse 45 mit einem Wochenbeitrag von 25 Millionen Mark; über 84 bis 120 Milliarden Mark Lohnklasse 46 mit einem Wochenbeitrag von 36 Millionen Mark; über 120 bis 180 Milliarden Mark Lohnklasse 47 mit einem Wochenbeitrag von 52 Millionen Mark; über 180 bis 240 Milliarden Mark Lohnklasse 48 mit einem Wochenbeitrag von 74 Millionen Mark; über 240 bis 300 Milliarden Mark Lohnklasse 49 mit einem Wochenbeitrag von 94 Millionen Mark und bei einem Jahresarbeitsverdienst von über 300 Milliarden Mark Lohnklasse 50 mit einem Wochenbeitrag von 116 Millionen Mark.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß die schon hergestellten Beitragsmarken noch die alten Wertangaben enthalten und daß diese Zahlen zwecks Ermittlung des Kaufpreises der Marken mit der Zahl 10 vervielfältigt werden müssen.

Ein Nachklang zu den Lörracher Ausschreitungen

Wie noch erinnerlich, begannen die bedauerlichen Ausschreitungen, die vor kurzem in Lörrach stattfanden, damit, daß am Freitag, den 14. September gegen Abend eine Menge von mehreren hundert Personen in höchster Erregung in den Amtsgerichtshof eindrang und dort unter Gewaltandrohung die Freilassung von 5 angeblich politischen Gefangenen erreichte. In Wirklichkeit hatten die Straftaten dieser Gefangenen keinerlei politischen Zusammenhang; die 5 waren wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Nötigung bestraft worden. Wie jetzt von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben sich diese 5 freigelassenen Gefangenen inzwischen wieder freiwillig den Gerichtsbehörden gestellt. Dieser Schritt zeigt, daß die Gefangenen selbst das Gefühl hatten, daß ihre Befreiung unberechtigt und unrechtmäßig war. Das ganze Vorkommnis aber beweist aufs neue, wie irregeleitet die in dem Amtsgerichtshof demonstrierende Menge und zugleich wie sinnlos und überflüssig die Gefangenenbefreiung selbst war.

„Das lohele Baden"

Unter dieser Spitzmarke bringt die Süddeutsche Zeitung am vorigen Montag in ihrer Rubrik: Aus Baden eine längere Notiz, die sich mit der bekannten Erkundigung der badischen Regierung, „welche Voraussetzungen für die **Wiederaufnahme** des **Eisenbahnverkehrs Appenweier-Offenburg-Kehl** in Frage kommen", beschäftigt. Sie spricht von einer ständigen Rücksichtnahme auf die Franzosen, mit der die badische Regierung aber „bei diesem Feinde" vielleicht nur das Gegenteil erreiche.

Der **badische Staatspräsident** hat deshalb dem Blatte die folgende **Berichtigung** zugesandt:

„Die Besetzung Offenburgs durch französische Truppen und die Zerreißung des Verkehrs zwischen Nord- und Südbaden ist nicht als französische Antwort auf die Vorstellung der badischen Regierung wegen der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs Appenweier-Offenburg bei der zuständigen französischen Stelle anzusehen."

Eine merkwürdige Rundfrage

Die „Badische Post" meint in ihrer Nr. 275 vom 3. Oktober, der Minister des Innern müsse von Neugierde schwer geplagt sein, weil er darüber eine Umfrage veranstaltet habe, wer von den Beamten der inneren Verwaltung in diesem Sommer seinen Urlaub in Bayern verbracht hätte.

Eine Umfrage über einen Ferienaufenthalt in Bayern ist natürlich nicht gemacht worden. Etwas anderes aber will der Minister wissen, nämlich, ob sich unter den Personen, die vom 25. September ab mit Gestellungsordres der Nationalsozialisten und mit einem Handgeld von 250 Millionen Mark ausgerüstet nach München und nach Döberitz abreisten, auch beim Staat beschäftigte Angestellte befinden. Oder meint etwa die „Badische Post", daß der Staat Beamte und Angestellte dulden kann, die, wie die Vorgänge in Küstrin bewiesen haben, sich an umstürzlerischen Unternehmungen beteiligen?

Hoffentlich ist mit dieser Erklärung die Neugierde der „Badischen Post" befriedigt.

Aus der sozialdemokratischen Partei

Der **Vorstand** der sozialdemokratischen Partei Badens hielt in Karlsruhe eine Sitzung ab, an der Vertreter der Landesorganisation, die Parteisekretäre, die Regierungsmitglieder und Reichstagsabgeordneten teilnahmen. Nachdem der neue Bezirkssekretär **Reinbold** über die innen- und außenpolitische Lage gesprochen und daran anschließend eine Aussprache erfolgt war, wurde das Ergebnis der Beratungen über die letzten Ereignisse in Baden in **zwei Anträgen** niedergelegt, in denen es als Pflicht der Partei bezeichnet wird, in den nächsten Wochen im Lande Mitgliederversammlungen und öffentliche **Versammlungen** abzuhalten. Die Haltung der parteigenössischen Minister wurde mit allen gegen eine Stimme gebilligt. Bei der Erörterung von **Organisationsfragen** kritisierte der Landeskassier die mangelhafte Abrechnung vieler Ortsvereine. Die Parteisekretariate müßten unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

Die Landesversammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland

die kürzlich in **Karlsruhe** abgehalten wurde, befaßte sich eingehend mit der Frage der Werbetätigkeit, die zu neuem Leben erweckt werden soll. Die bestehenden Ortsgruppen sollen ihre Tätigkeit in vermehrtem Umfang wieder aufnehmen und neue Ortsgruppen sollen gegründet werden. Es wurde auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Verein die breiteren Volksschichten für seine Ziele interessieren müsse; er soll ein großer Volksverein werden, der über alle parteipolitischen und religiösen Klüftungen die intellektuellen und industriellen Schichten unseres Volkes umschließt. Es soll der Versuch unternommen werden, Gesang-, Turn- und Jugendvereine zur Mitarbeit heranzuziehen; an allen Schulen sollen Schulgruppen gebildet werden. Bei den geschäftlichen Beratungen wurde Professor **Männer**, der Vorsitzende der Ortsgruppe Weinheim, zum Landesvorsitzenden gewählt und Weinheim zum Vorort für den Landesverband Baden bestimmt. Der bisherige um den Verein hochverdiente Landesobmann Geh. Rat Dr. **Groos** wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Schlüsselzahl des bad. Einzelhandels vom 3. Oktober beträgt 13 200 000 (Vortag 9 600 000).

Nr. 63 des Badischen Gesetz- und Verordnungs-Blattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen und Bekanntmachung: des Ministers des Innern: die Abänderung der Gemeindeverwaltungsgebührenordnung; Änderung der Verwaltungsgebührenordnung; die Arzneitaxe: staatliche Prüfung der Dentisten; des Justizministers: über die Zuständigkeit der Gemeindegerichte; die Kosten im Verfahren vor den Gemeindegerichten; des Justizministers und des Arbeitsministers: Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter; des Arbeitsministers: die Aufhebung der Flößerei auf der Murg; die Erhebung von Baugebühren (Baugebührenordnung).

DZ. **Heidelberg**, 2. Okt. Wie die „Volkszeitung" berichtet, hat die Direktion der Bad. Anilin- und Sodafabrik ihre Gesamtbelegschaft entlassen. In Heidelberg allein sind 2000 Personen von der Entlassung betroffen. Aber auch die Ortschaften der Umgebung werden stark in Mitleidenschaft gezogen.

Schwetzingen, 2. Okt. Da die Bürgermeisterwahlen zu keinem Ergebnis geführt haben, hat das Ministerium des Innern Bürodirektor Hans **Götz** aus Mannheim auf die Dauer von zwei Jahren zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Schwetzingen ernannt.

Freiburg i. B., 3. Okt. Freiburger Zeitungen berichten, daß kürzlich ein Landbewohner in einem hiesigen Bankhaus **800 Zehnmarkstücke in Gold** ablieferte, wofür er sich wertbeständige Papiere in Höhe von 200 Milliarden Mark und **Papiermark** für 100 Milliarden auszahlen ließ.

DZ. **Freiburg** i. Br., 3. Okt. Nach dem Beispiel der Stadt Baden-Baden, will auch die Stadt Freiburg eine **Holzwertanleihe** herausgeben.

DZ. **Zell a. H.**, 3. Okt. Die nochmals vorgenommene **Bürgermeisterwahl** hat nun endlich zu einem Ergebnis geführt. Mit 558 Stimmen wurde Bürgermeister Karl **Schäfer** aus Kleinlaufenburg gewählt, der von den bürgerlichen Parteien aufgestellt worden war. Im ganzen stimmten von 1242 Wahlberechtigten 1054 ab.

DZ. **Radolfzell**, 3. Okt. Kürzlich hatte der Bürgermeister die Erhebung einer **Getränkesteuer** beschlossen und zwar mit einer Stimme Mehrheit. Die Radolfzeller Gastwirte, die sich mit diesem Beschluß nicht befreunden wollen, haben beschlossen, mit sofortiger Wirkung keine alkoholischen Getränke mehr zu verschenken. Bei der Stadtverwaltung soll die Aufhebung der Steuer beantragt werden.

DZ. **Konstanz**, 3. Okt. Die Stadtverwaltung hat dem im Rosgartenmuseum befindlichen Flügelaltar zur Aufstellung im Münster zur Verfügung gestellt. Der aus dem Jahre 1502

Badisches Landestheater

Nachdem in den beiden Werken von Marschner und Weber das vorwagnerische Prinzip der romantischen Operndichtung uns mitsamt seinen Schönheiten und Mängeln dargestellt worden war, mußte die romantische Woche des Bad. Landestheaters natürlich auch das epochemachende Verdienst Wagnes selbst gebührend berücksichtigen. Den Abschluß aller auf der Linie des Euryanthe- und des Templer und Jüdin-problems sich bewegenden Versuche bringt eindeutig der „Lohengrin", der die Einzelrollen durch den Text, die Melodie, den Rhythmus, ja selbst durch die Instrumentation so klar umreißt, daß alle früheren Übelstände überwunden scheinen und an ihrer Stelle leitmotivisch gestärkte echte Dramatik tritt. Historisch ist damit zugleich festgelegt, wie Wagner das Erklimmen einer gewissen Höhe in seiner Oper möglich wurde, künstlerisch jedoch auch erkannt, daß der „Lohengrin" das romantische Ideal in eminentem erschöpfendem Sinne verkörpert. Nachdem vor zwei Jahren eine völlige Neuinszenierung dem Werk hier zuteil geworden ist und dabei auf seine unzerstörbaren Werte hingewiesen wurde, erübrigen sich längere Ausführungen. Weil aber das Werk wohl auch in der jetzigen Saison zu den festen Stützen des Repertoires gehören soll, sind immerhin einige Bemerkungen zu der im allgemeinen gewohnte Einheitlichkeit und Wohlanständigkeit des Niveaus wahrenden Vorstellung nötig. Zum ersten Mal präsentierte sich Rudolf Balve als Lohengrin. Seine von Natur harte und spröde Stimme fand sich mit der gestellten Aufgabe teilweise recht gut ab. Wenn es dem Künstler noch gelingt, seiner mitunter stark forcierten Höhe die Schärfe der Wirkung zu nehmen, dürfte seine Leistung noch mehr in den Geist des Werks hineinreifen. Unumgänglich notwendig ist allerdings, daß R. Balve lernt, auch als Schauspieler lebhafter zu interessieren. Sein Auftreten war keineswegs heldisch, aber gerade die dramatische Lebendigkeit des Stoffes verlangt zu sehr nach heldischer, höfisch-ritterlicher Illusionsfähigkeit, als daß hier eine wirksamere Charakterisierung auf die Dauer vernachlässigt werden dürfte. Neu war auch die Elsa Hete Stecherts die einer heroisch gefärbten Darstellung näher kam. Von einigen Detonationen abgesehen war sie ebenso stimmlich der Partie eine überzeugende Deuterin. Manche stark pathetische Geste schien freilich der keuschen Frauenrolle, die eher einen greichenhaften Einschlag erfordert, noch zu widersprechen. Statt Dr. Wucherpfennig sang Walter Warth den König mit ergiebigem Organ, das leider seinem Heerrufer Fritz Loichinger vollkommen mangelte. Dem bewährten Telramund Max Büttners stand in Anna Baumeister-Jacobs (Darmstadt) eine scharfgezeichnete und auch stimmlich der unangenehmen Partie vollauf genügende Ortrud gegenüber. Über einige veraltete, jedoch bühnenübliche Anordnungen wollen wir heute mit dem Regisseur nicht rechten. Wilhelm Schweppe dirigierte gewissenhaft.

Von Hans Pfitzner hatte man vor Jahren beim Erscheinen der „Rose vom Liebesgarten", auf deren Erblühen wir hier immer wieder vergebens hoffen, so etwas wie eine „Rettung der Musik" erwartet, da er sich von der auf mosaikartiger Motivarbeit beruhenden rationalistischen Technik der Wagnerschule abwandte und die Beseitigung des Gegensatzes zwischen reiner und angewandter Musik anstrebte. Pfitzner als „letzter Romantiker" schien also berufen, gewisse Mißverständnisse der Überromantik zu überwinden. Man muß an diese nüchtern-realistische Auffassung auch schon bei dem „Armen Heinrich" denken, der ja um einige Jahre (komp. 1891—93) weiter zurückliegt, aber doch trotz einer gewissen Verwandtschaft mit Tristans Welt die ungefähr gleiche künstlerische Gesinnung aufweist und deren keimende Möglichkeiten enthält. Denn nur so kann die der alten Mär Hartmanns von Aue entnommene quälende Handlung dem heutigen Theaterbesucher einigermaßen nahegebracht werden und wenigstens etwas Verständnis für die vom Krankenlager zum Seziertisch sich schleppenden Vorgänge gewonnen werden. Von einer wirklichen Neubelebung des mittelalterlichen Legendenstoffes kann trotzdem keine Rede sein, das bestätigt jeder wiederholt empfangene Eindruck des Werkes, das unter undramatischen Einzelgesängen und ermüdenden Längen zu stark leidet, ja selbst die mit christkatholischem Mystizismus verbrämte feinere Psychologie kommt nirgends ganz klar zur Geltung. Der Aufführung war peinliche Vorarbeit anzumerken. Das bekundete nicht nur die sorgfältige Regie R. Volkners, sondern auch die orchestrale Darstellung der echt Pfitznerisch grüblerischen und sehr unterschiedlichen musikalischen Redeweise unter Fritz Cortolezis' Leitung. Für die ziemlich monoton verwendeten menschlichen Hauptstimmen stehen uns zur Zeit vier den Rollen jeweils gut entsprechende Individualitäten zur Verfügung: Max Büttner-H. Iratema Brügelmann als Elternpaar, Hete Stechert und R. Balve als opferwilliges junges Schwabenmädchen und ausfätziger Geliebter. Sie alle verhalfen der in seligster Verzückung bei den Mönchen in Salerno (Arzt war Walter Warth) gipfelnden Ekstase zu möglichster Glaubhaftigkeit. Das einzige überraschend positive Ergebnis des Abends, der an ein durch seinen primitiven Legendenton in jeder Beziehung lebensunfähiges Erstlingswerk erinnerte, war die vertiefte Gestaltung des Heinrich durch R. Balve. Denn es gelang ihm — neben der an sich schon mitleidenden Agnes H. Stecherts — in dieser Figur die schöne menschliche Grundidee des Werkes zu doppelt starkem Ausdruck zu bringen und damit die weitaus beste Leistung zu geben, die wir bisher von ihm gesehen und gehört haben.

O. Sch.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

stammende geschnitzte Altar kommt anstelle des Kreuzaltars zur Aufstellung. Er stand früher in der unterirdischen St. Barbarakapelle im Garten des Kreuzgangs, die im Jahre 1827 zerstört wurde.

DZ. **Landau** (Pfalz), 2. Okt. Der Industrielle und Politiker Dr. Raschig in Ludwigshafen a. Rh. wurde vom französischen Kriegsgericht in Landau in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe verurteilt. Es wurde ihm zur Last gelegt, zwei Lokomotiven in seinem Fabrikgelände nach der Übernahme der Bahn durch die Franzosen behalten zu haben.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Herbstwoche

An weiteren Veranstaltungen stehen für die nächsten Tage bevor: ein Chorkonzert des Heidelberger Bachvereins unter Leitung von Universitätsmusikdirektor Dr. Poppen (Samstag, den 6. Oktober, abends ½8 Uhr in der Festhalle); Konzerte in der Großen Deutschen Kunstausstellung in der städtischen Ausstellungshalle (Samstag, den 6., nachmittags 4 Uhr, Sonntag, den 7., morgens 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr); Wettkämpfe in volkstümlichen Übungen, veranstaltet vom Karlsruher Männerturnverein auf seinem Spielplatz im Wildpark (Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 3 Uhr); am gleichen Tage nachmittags ¼4 Uhr ein Städtewettspiel Karlsruhe-Heilbronn im Phönixstadion im Wildpark, veranstaltet vom Süddeutschen Fußballverband, Gau Mittelbaden. Im Landestheater geht Sonntag abend Verdis große Oper „Aida" über die Bretter; ebendaselbst wird am Montag, den 8. Okt. zum erstenmale die symphonische Tanzdichtung „Die Josephslegende" Handlung von Harry Graf Keßler und Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauß, zur Aufführung gelangen. Im Rahmen der in die Karlsruher Herbstwoche eingeflochtenen „Technischen Woche" dauert die Ausstellung der Karlsruher Industrie in der Orangerie weiter, ebenso die Ausstellung über die Lehrlingsausbildung in der Maschinenindustrie in der Badischen Landesgewerbehalle. An sonstigen Ausstellungen sind hervorzuheben: Die Ausstellung der Türkischen Rüstkammer im Badischen Landesmuseum, die Ausstellung in der Badischen Kunsthalle, die große deutsche Kunstausstellung Karlsruhe, die Ausstellung Karlsruher Künstler im Badischen Kunstverein, Waldstraße 3, und Sonderausstellungen von Gemälden Badischer und Karlsruher Meister in den Galerien Hirsch, Waldstraße 30, Jansen, Karlfriedrichstraße 32 und Moos, Kaiserstraße 187.

Die **Winternothilfe Karlsruhe** beabsichtigt auch in diesem Jahre eine Sammlung von Altmaterial (Papier, alte Zeitungen, Bücher usw., Lumpen aller Art, altes Eisen, Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zink usw., altes Gummi, Flaschen (Wein-, Sekt-, Likör-, Medizin- usw. Flaschen) Glas, Korke, ausgekämmte Frauenhaare, leere Kisten, Säcke) und im Anschluß hieran eine Sammlung von Kleingeld, Münzen, und Papiergeld, zu veranstalten. Die Einwohnerschaft sollte schon jetzt die erbetenen Sachen sammeln und bereitstellen.

Erfolge des Karlsruher Schwimmvereins von 1899. Bei dem am 30. September stattgefundenen 15. nationalen Schwimmfest des Schwimmerbundes „Schwaben" Stuttgart, das alle größeren süddeutschen Vereine am Start sah, konnte der Karlsruher Schwimmverein bei schärfster Konkurrenz hervorragende Erfolge erzielen. In der Juniorlagenstaffel (4 × 88 Meter) wurde mit der Mannschaft: Plattner, Daub, Falk und Häfele in der Zeit von 4 Min. 55 Sek. der erste Platz belegt. Außerdem konnte Falk in der kurzen Strecke knapp mit ein Fünftel Sekunde hinter dem Sieger landen. Hiegler belegte den dritten Platz. Letzterer erzielte im Junior-Streckentauchen gegen den früheren deutschen Meister im Brustschwimmen (Alfred Wacker) ein totes Rennen. Nach diesen Erfolgen darf man auf das Abschneiden des Karlsruher Schwimmvereins im Klubzweikampf gegen den 1. Frankfurter Schwimmklub Süddeutscher Wasserballmeister 1923, welcher am 14. Oktober im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche stattfindet, mit Spannung entgegensehen.

In verschiedenen Zeitungsnachrichten wurde die Befürchtung laut, daß die Nachmittagszugverbindung Karlsruhe—Pforzheim, Freudenstadt—Schwarzwald künftig Samstags und Sonntags wegfallen würde. Wie aus der Neuausgabe des Kursbuchs für Baden vom 1. Oktober hervorgeht, wird der um 5,02 Uhr nachm. in Pforzheim abfahrende Personenzug 328 während der Dauer der Verkehrsunterbrechung bei Offenburg täglich geführt, so daß die bisherige Nachmittagsverbindung von Karlsruhe ab 3,50 über Pforzheim—Freudenstadt nach dem Schwarzwald an allen Tagen bestehen bleibt.

Landestheater. Am Montag, den 8. d. M. findet die hiesige erste Aufführung von Richard Strauß' symphonischer Tanzdichtung „Die Josefslegende" statt. Die szenische und choreographische Einstudierung wird von Ballettmeister Semmler aus Bern geleitet, während die musikalische Leitung Operndirektor Fritz Cortolezis inne hat. In den beiden Hauptpartien des „Josef" und „Potiphars Weib" gastiert das ausgezeichnete Tänzerpaar Iril Gadeskow und Ami Schwannger, die im Verein mit Herrn Semmler das Werk bereits an zahlreichen Bühnen Deutschlands mit größtem und anerkanntem Erfolg zur Darstellung gebracht haben. Die von ersten Künstlern entworfenen Kostüme bringt Herr Semmler mit. Die Dekorationen werden gestellt nach Entwürfen von Direktor Burkard. In den übrigen zahlreichen Partien sind erste Kräfte des Landestheaters sowie das Ballett und der gesamte Chor beschäftigt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

am 4. Oktober **vorbörslich**

Tendenz: ohne Geschäft sehr fest.

	4. Oktober	Amtl. Berliner Kurs v. 3. Okt. Geld	Brief
Amsterdam . .	216 000 000	172 567 500.—	173 433 000. [5]
Kopenhagen .	97 000 000	77 805 000.—	78 195 000. [10]
Italien . . .	25 800 000	19 750 500.—	19 849 500. [10]
London . . .	2 500 000 000	1995 000 000.—	2005 000 000. [6]
Newyork . . .	550 000 000	439 900 000.—	411 100 000. [6]
Paris	32 900 000	26 134 500.—	26 265 500. [5]
Schweiz . . .	98 000 000	78 403 500.—	78 796 500 [10]
Prag	16 400 000	13 117 125.—	13 182 875. [15]

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Amtliche Dollarnotierung der Frankfurter Börse
vom 3. Okt.: Geld 493 762 500, Brief 496 237 500.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für **Mündelgelder und als wertbeständige Effekten** sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Tausend Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	2 600 000
6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	ca.	2 500 000
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	ca.	—
7% Neckarwerke Goldanleihe	ca.	—
5% Preußische Kali-Anleihe pro 100 kg	ca.	600 000
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.		—
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	ca.	300 000
Dollarschatzanweisungen des Deutschen Reichs .	ca.	550 000
Ferner nennen wir noch die nicht mündelsichere 5% wertbeständige Anleihe Freudenberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim	ca.	120 000
Goldanleihe d. Deutschen Reiches	ca.	520 000

Karlsruher Börse (3. Oktober 1923) **Getreide und Mehl.** Die sprunghafte weitere Entwertung der Mark läßt die Forderungen gleichermaßen mitgehen. Forderungen sind selten und Geschäfte fast nicht zustande gekommen, weil in den meisten Fällen die Mittel zur Einhaltung der durch die Verhältnisse bedingten strengen Zahlungskonditionen und der sehr hohen Geschäftsunkosten fehlen. Nominell konnten folgende Preise genannt werden: Weizen 1,6, Gerste 1,3—1,4, Roggen 1,2½ bis 1,3½, Hafer 1,2, Weizenmehl 3—3,4, Roggenmehl 2,8 bis 3 Milliarden, Kleie 500—600 Millionen. Spezialfabrikate entsprechend teuerer. Biertreber, Malzkeime 400—450 Millionen, alles per 100 Kilogramm, Frachtparität Karlsruhe, Getreide und Futtermittel ohne, Mehl und Kleie mit Sack. — **Wein und Spirituosen.** Die kleinen Angebote können in Anbetracht der Geldverhältnisse mit wenig Ausnahmen keine Aufnahme finden. — **Kolonialwaren:** Kaffee roh 3,20—4, Kaffee gebrannt 4,50—5,50, Kakao 3—3,60, Tee mittel 7,80—8,40, Tee gut 8,60—9,80, Tee fein 9,90—12,60 Goldmark per Kilo verzollt. Burma-Reis 0,45, Graupen 0,45, gespaltene Erbsen 0,45, Schweineschmalz 1,85, Salatöl 1,35 Goldmark pro Kilo.

Ein württembergischer Devisenkommissar. Mit Rücksicht auf die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse Württembergs dürfte, wie aus Stuttgart gemeldet wird, demnächst auch ein besonderer Devisenkommissar für Württemberg bestellt werden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines solchen soll der bisherige Beauftragte des Ein- und Ausfuhrkommissariats, Oberregierungsrat Dr. Kümmerle in Aussicht genommen sein.

Deutsch-schweizerischer Güterverkehr. Nach einer Verfügung der Deutschen Reichsbahn müssen im Güterverkehr aus der Schweiz nach Deutschland und darüber mit sofortiger Wirkung die Frachten bis zu den deutsch-schweizerischen Übergangsstationen bei der Aufgabe bezahlt (frankiert) werden. Sendungen, und zwar auch solche von Basel und Schaffhausen, dürfen mit Nachnahmen und Barvorschüssen nicht belastet werden.

Süddeutsche Heu- und Strohpreise. Es notierten am 1. Okt. 100 Kilogramm Wiesenheu 200—220 (60—80 am 27. Sept.), Kleeheu 240—260 (70—90), Stroh 200—220 (70—80) Millionen Mark.

Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die preußischen Handelskammern berichten über eine weitere starke Verschärfung der **Kapital- und Kreditnot** in Handel und Industrie, zumal die Reichsbank sich in der Kreditgewährung immer stärkere Beschränkung auferlege. Diese Ursachen, zusammen mit der starken Steuerbelastung, trugen dazu bei, daß die **Weltmarktpreise** auf immer mehr Gebieten erreicht oder überschritten wurden. Die Folgen sind immer stärk. Absatzstockungen u. Betriebseinschränkungen. Auch in dem Übergang zur **Goldmarkpreisberechnung** weiterer größerer Teile von Handel und Industrie sei kein endgültiger Ausweg aus den Schwierigkeiten der Geldentwertung gewonnen, „solange nicht die jetzt in Angriff genommene Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels erfolgt", das allen Wirtschaftszweigen, auch dem Einzelhandel, ermöglicht, die Preise auf wertbeständiger Grundlage festzusetzen und den Gegenwert für Lieferungen und Leistungen sicherzustellen.

Verschiedenes.

Häußer gestorben.

Wie die Blätter melden, ist der aus Bönnigheim gebürtige Wahrheitsapostel, Wanderredner und Gründer einer „christlich-radikalen Volkspartei" Louis Häußer gestorben.

Das „französische" Luftschiff „Dixmuiden",

das wie gemeldet, den neuesten Weltdauerflugrekord aufgestellt hat, ist ein — altes Zeppelinluftschiff, das Deutschland an Frankreich hatte abliefern müssen. — Gleichzeitig wird gemeldet, daß das „italienische" Lenkluftschiff „Esperia", das im Sommer 1921 an Italien ausgelieferte Zeppelin-Luftschiff „Bodensee" in der Nacht vom 26. zum 27. September eine ununterbrochene 13stündige Nachtfahrt zurückgelegt hat. Die fast ausschließlich über dem Meer gefahrene Strecke mißt 1250 Kilometer.

Eine Gedenktafel für Max Eyth.

Der Verein Deutscher Ingenieure und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ließen in Kirchheim unter Teck zu Ehren des Dichter-Ingenieurs Max Eyth an dessen Geburtshaus eine Gedenktafel anbringen, die am letzten Sonntag feierlich der Öffentlichkeit übergeben wurde. Die Inschrift lautet: „In diesem Hause wurde am 6. Mai 1836 Max Eyth geboren. Ingenieur und Dichter, ein Pionier der Technik in der Landwirtschaft."

Bergrutsch im Zugspitzgebiet.

Im Höllental beim Garmisch-Partenkirchen ist ein **riesiger Bergrutsch** niedergegangen, so daß sich die Wasser des Hammerbaches gestaut und zu einem kleinen See entwickelt haben. Das Wasser hat eine tiefblaue herrliche Farbe und kann als dritte blaue Gumpe bezeichnet werden. Der Bergrutsch ist in Höhe des Hupfleitenjochs am Klauenkopf mit furchtbarem Getöse niedergegangen. Die Wandstege sind stark beschädigt, doch ist der Klammweg freigeblieben und kann nach wie vor begangen werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Das Gebäudeversicherungsgesetz.

Der gemäß Artikel 4 des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Abänderung des Gebäudeversicherungsgesetzes zu gewährende Zuschlag zu der gesetzlichen Entschädigung wird hiermit für Fälle, in denen die Wiederherstellung der Gebäude in der Zeit vom 1. bis einschließlich 15. September 1923 erfolgte, auf das 2 999 999 fache der unter Zugrundelegung der Baupreise vom 1. August 1914 zu bewilligenden Entschädigung festgesetzt.

Karlsruhe, den 4. Oktober 1923.

Der Minister des Innern.
Remmele.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Versetzt:

Polizeiwachtmeister Albert Lonninger in Mannheim zum Bezirksamt — Polizeidirektion — Freiburg.

Ministerium der Finanzen.

Domänen- und Forstabteilung.

Zuruhegesetzt auf Ansuchen:

Finanzoberinspektor Anton Blank in Karlsruhe, Finanzinspektor Baltin Willi in Heidelberg.

Planmäßig angestellt:

Zeichenassistent Anton Willhauck beim Vermessungsbüro der Forstabteilung des Finanzministeriums Karlsruhe, die Forstwarte Karl Geisert in Langenalb, Wilhelm Hermann in Glashütten, Philipp Hetzel in Oftersheim, Gottfried Stubinger in Sommerau.

Badische Lichtspiele · Konzerthaus

Samstag, den 6. u. Montag, den 8. Oktober
abends 8 Uhr, Samstag auch 5 Uhr nachmittags

Vortrag des Herrn KAPITÄN HERBERT:

Im Film nach Südamerika

II. Teil: Mit Schnelldampfer „Cap Polonio" von Argentinien ums Cap Horn nach dem Feuerland / Inlandsausflüge

Im Schnee u. Eis von Südamerika

B.826

Vorverkauf nur bei Musikhaus Müller, Kaiserstraße.
Abends nur nummerierte Plätze. Preise: Mk. 30, 24, 18 Millionen.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie

Herausgeg. und eingeleitet von Professor Karl Diehl und Professor Paul Mombert

Bd. I: Lehre vom Geld, I.
Bd. II: Der Arbeitslohn
Bd. III: Von der Grundrente
Bd. IV: Wert u. Preis, I.
Bd. V: Wert u. Preis, II.
Bd. VI: Bevölkerungslehre
Bd. VII: Wirtschaftskrisen
Bd. VIII: Kapitalzins und Unternehmergewinn
Bd. IX: Freihandel und Schutzzoll
Bd. X: Lehre zum Geld, II.
Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.
Bd. XIII: Grundsätze der Besteuerung
Bd. XIV: Sozialpolitik
Bd. XV: Kapital u. Kapitalismus
Bd. XVI: Staatsschuldenproblem

Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 14.

Wir fertigen als Spezialität
Wertpapiere
Aktien, Gutscheine, Notgeld in einfacher und künstlerischer Ausführung.
G. Braun, G. m. b. H., Karlsruhe i. B.
Karlfriedrichstr. 14 vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag Fernruf 953, 954

Nationalkassen beide Nummerbet., kauft Bügler, Berlin, Potsdamerstraße 38. B564

Metallbetten
Stahlmatr., Kinderbett., direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür).

Badisches Landestheater.
Freitag, den 5. Oktober. 7—10 Uhr. Sp. I. 5.00.
Abon. C 4. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101—3600
Der Templer und die Jüdin

Druck G. Braun, Karlsruhe.